

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 18. Januar 1984

am Donnerstag, dem 19. Januar 1984

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Antretter (SPD)	23, 24	Kuhlwein (SPD)	58, 59
Austermann (CDU/CSU)	60, 61	Lutz (SPD)	56, 57
Bastian (DIE GRÜNEN)	25, 65	Frau Dr. Martiny-Glotz (SPD)	42, 43
Becker (Nienberge) (SPD)	11, 49	Müller (Düsseldorf) (SPD)	18, 19
Berschkeit (SPD)	16, 17	Müller (Schweinfurt) (SPD)	44
Bindig (SPD)	77, 78	Müller (Wadern) (CDU/CSU)	50, 79
Böhm (Melsungen) (CDU/CSU)	14, 15	Frau Nickels (DIE GRÜNEN)	34, 35
Dr. Czaja (CDU/CSU)	5, 67	Peter (Kassel) (SPD)	72
Drabiniok (DIE GRÜNEN)	62, 63	Pfuhl (SPD)	27
Dr. Ehmke (Ettlingen) (DIE GRÜNEN)	37, 38	Reents (DIE GRÜNEN)	36
Fiebig (SPD)	39, 40	Reimann (SPD)	20, 21
Gansel (SPD)	3, 4	Dr. Scheer (SPD)	28, 29
Frau Geiger (CDU/CSU)	74, 75	Schreiber (CDU/CSU)	51, 52
Frau Dr. Hickel (DIE GRÜNEN)	64	Schulze (Berlin) (CDU/CSU)	12, 13
Dr. Hupka (CDU/CSU)	68, 80	Schwenninger (DIE GRÜNEN)	30, 66
Jäger (Wangen) (CDU/CSU)	69, 70	Frau Simonis (SPD)	6
Dr. Jobst (CDU/CSU)	26	Dr. Sperling (SPD)	2, 9
Kirschner (SPD)	1, 10	Graf Stauffenberg (CDU/CSU)	47, 48
Dr. Klejdzinski (SPD)	32, 33	Dr. Steger (SPD)	53, 54
Krizsan (DIE GRÜNEN)	31, 73	Stiegler (SPD)	22, 71
Kroll-Schlüter (CDU/CSU)	41	Stutzer (CDU/CSU)	7, 8
Dr. Kübler (SPD)	55, 76	Toetemeyer (SPD)	45, 46

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	3
Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	5
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	6
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	8
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	10
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	10
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	11
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	12

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

1. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Kann die Bundesregierung die Auffassung von Bundesfinanzminister Dr. Stoltenberg bekräftigen, wonach in diesem Jahr mit den höchsten Steuereinnahmen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gerechnet werden kann, und sieht sie darin einen ursächlichen Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

2. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) Wird die Bundesregierung entsprechend dem Beschluß der 21. Umweltministerkonferenz die Vorschläge zu einer Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes prüfen, oder sieht die Bundesregierung entsprechend ihrer in der Drucksache 10/800 dargelegten Haltung dazu keinen Anlaß?
3. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Ist es zutreffend, daß die Bundesregierung im vergangenen Jahr eine Genehmigung für die Lieferung von 40 000 kugelsicheren Panzerwesten an die syrische Regierung erteilt hat?
4. Abgeordneter
Gansel
(SPD) Ist es zutreffend, daß die Regierung der USA die Bundesregierung ersucht hat, die Genehmigung rückgängig zu machen, um die Lage im Nahen Osten nicht weiter zu verschärfen?
5. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß illegal transferierte westliche Hochtechnologie — darunter auch aus der Bundesrepublik Deutschland — bei militärischen Entwicklungen des Warschauer Paktes einen hohen Anteil hat, und welche Fortschritte haben die Verhandlungen über die COCOM-Überwachung und diese selbst in den letzten Monaten gemacht?
6. Abgeordnete
Frau Simonis
(SPD) Treffen Berichte der Süddeutschen Zeitung vom 10. Januar 1984 zu, daß die Deutsche Leistungsschau in Japan, die im April stattfinden soll, grundsätzlich gefährdet ist, und wie beurteilt die Bundesregierung die Vorwürfe des japanischen Ministeriums für Industrie und Handel über die mangelhaften und halbherzigen Vorbereitungen von deutscher Seite?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

7. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Trifft es zu, daß ab 1. Januar 1984 die Einfuhr von Meeresschildkröten und Meeresschildkrötenprodukten zu kommerziellen Zwecken nur aus Nicht-EG-Staaten verboten, aus EG-Staaten jedoch zulässig ist und damit die Entschließung des Deutschen Bundestages vom 10. November 1983 von der Bundesregierung unterlaufen wird?

8. Abgeordneter
Stutzer
(CDU/CSU) Trifft es ferner zu, daß unter Verletzung des Washingtoner Artenschutzübereinkommens im Dezember 1983 größere Mengen Schildkrötenfleisch mit ausdrücklicher Billigung des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten in die Bundesrepublik Deutschland eingeführt worden sind?
9. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung der 21. Umweltministerkonferenz, daß die Entwässerung von Feuchtgebieten im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes nicht mehr gefördert werden sollte, und wird sie entsprechende Schritte in die Wege leiten?
10. Abgeordneter
Kirschner
(SPD) Wieviel Tonnen Obst und Gemüse wurden im Wirtschaftsjahr 1981/1982 in der EG vom Markt genommen (intervenierte), und wie wurden diese elf Produkte verwendet?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

11. Abgeordneter
Becker
(Nienberge)
(SPD) Trifft es zu, daß der Bundesfinanzminister seinen Widerstand gegen eine Subventionierung der Luftverkehrslinie Münster/Osnabrück – Berlin damit begründet, daß der Ansatz für die Berlin-Subvention auch nach der Aufstockung um 2 Millionen DM nicht ausreiche, um den Flughafen Münster/Osnabrück zusätzlich in den Berlin-Verkehr einzubeziehen?
12. Abgeordneter
Schulze
(Berlin)
(CDU/CSU) Welche Erfahrungen liegen der Bundesregierung über die Praxis der DDR bei der Genehmigung von Anträgen auf Familienzusammenführung vor, und welche Erkenntnisse gibt es bei der Bundesregierung darüber, daß nach Meldung eines Nachrichtenmagazins die DDR möglicherweise beabsichtigt, die Familienzusammenführung restriktiv zu handhaben?
13. Abgeordneter
Schulze
(Berlin)
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung nach dem diesbezüglichen Briefwechsel zwischen Kultusminister Schwier und dem Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen die Gründe für die Weigerung des nordrhein-westfälischen Kultusministers, den vom Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen herausgegebenen DDR-Kalender für 1984 an den Schulen seines Landes verteilen zu lassen?
14. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung das Verbot des nordrhein-westfälischen Kultusministers nach dem diesbezüglichen Schriftwechsel zwischen Kultusminister Schwier und dem Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, den Kalender des Gesamtdeutschen Instituts „19/Städte und Landschaften an der innerdeutschen Grenze/84“ in den Schulen des Landes Nordrhein-Westfalen zu verteilen?

15. Abgeordneter
Böhm
(Melsungen)
(CDU/CSU)
- Welche Stellung bezieht die Bundesregierung zu Einreisebeschränkungen der DDR für bestimmte Fahrzeugtypen aus der Bundesrepublik Deutschland (große Wohnmobile), und wie sind diese Einreisebeschränkungen mit dem Verkehrsvertrag vom 26. Mai 1972 zu vereinbaren?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

16. Abgeordneter
Berschkeit
(SPD)
- Ist es mit der von der Bundesregierung propagierten „geistig-moralischen Erneuerung“ und dem Selbstverständnis eines „Sozialministers“ vereinbar, wenn der Bundesarbeits- und „Sozialminister“ einer auf Grund zweier Krebsoperationen und anderer Gebrechen zu 90 v. H. behinderten Mutter eines 16jährigen noch die Schule besuchenden Sohnes auf einen ihn um Hilfe bittenden Brief antwortet: „Ihre Eingabe vom 23. August 1983 habe ich zuständigkeitshalber an den Bundesminister des Innern (?) weitergeleitet. Sie werden von dort weitere Nachricht erhalten.“, diese Mutter dann aber am 15. September 1983 vom Bundesjustizminister (?) die Antwort erhält: „Auf Ihr Schreiben vom 23. August 1983 teile ich mit, daß es nicht zu den Aufgaben der Bundesregierung gehört, für den einzelnen Bürger einen Haushaltsplan aufzustellen. Jedermann muß vielmehr selbst entscheiden, wie er das ihm zur Verfügung stehende Einkommen einteilt.“?
17. Abgeordneter
Berschkeit
(SPD)
- Ist die Bundesregierung nicht auch der Meinung, daß das Anliegen dieser Bittstellerin, die mit monatlich 488 DM für Ernährung, Kleidung und Körperpflege auskommen muß, so viel Wert gewesen wäre, daß der Sozialminister jemanden mit der Prüfung von Möglichkeiten beauftragt hätte, wie ihr geholfen werden könnte oder die zuständige Stadtverwaltung gebeten hätte, etwaige Hilfsmöglichkeiten für die Frau zu prüfen?
18. Abgeordneter
Müller
(Düsseldorf)
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Auswirkungen des türkischen Gesetzes zur Auslösung des Militärdienstes (statt 20 nur zwei Monate) für türkische Jugendliche in der Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich der Sicherung des Arbeitsplatzes?
19. Abgeordneter
Müller
(Düsseldorf)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung in der Lage und gegebenenfalls bereit, im Interesse der in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigten jungen Türken bei der türkischen Regierung darauf hinzuwirken, daß die Auslösesumme für den Militärdienst in der Türkei von derzeit 20 000 DM auf 5 000 bis 6 000 DM reduziert wird, da nach Angaben türkischer Betreuungsorganisationen die tatsächlichen Kosten rund 5 000 DM betragen, das durchschnittliche Monatseinkommen türkischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland ca. 1 200 DM beträgt und es keine Arbeitsplatzsicherung für die Dauer des Militärdienstes gibt?

20. Abgeordneter
Reimann
(SPD) Wie steht die Bundesregierung zur arbeits- und sozialrechtlichen Regelung der neuen Arbeitsformen wie Job-Sharing, Kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit (Kapovaz) und Teilzeit?
21. Abgeordneter
Reimann
(SPD) Ist die Bundesregierung zur Änderung der Sozialversicherungsordnung dahin gehend bereit, die Sozialversicherungsfreigrenze von derzeit 390 DM monatlich aufzuheben oder wesentlich zu reduzieren unter dem Gesichtspunkt der besseren Sicherung von Rentenanwartschaften betroffener Arbeitnehmer?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

22. Abgeordneter
Stiegler
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Bevölkerung in den Truppenübungsplatzrandgemeinden um den Übungsplatz Grafenwöhr durch zunehmend stärkere Schießtätigkeiten und Bombenabwürfe einschließlich einiger Fehlschüsse beunruhigt wird, und was wird sie unternehmen, um auf die US-Streitkräfte so einzuwirken, daß die Schieß- und Übungstätigkeit in einem erträglichen Rahmen gehalten wird?
23. Abgeordneter
Antretter
(SPD) Sind die im Auftrag des Bundesministers der Verteidigung erfolgten umfangreichen Untersuchungen mit dem Ziel, Möglichkeiten zur Verringerung der Belastung unserer Bürger — insbesondere im Hinblick auf Kinder und ältere Leute — durch den militärischen Flugbetrieb zu finden, mittlerweile ausgewertet?
24. Abgeordneter
Antretter
(SPD) Welche Erleichterungen sind gegebenenfalls für unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger in dem vom Tieffluglärm stark belasteten Naherholungsgebiet Schwäbischer Wald im Raum Backnang/Schwäbisch Gmünd zu erwarten?
25. Abgeordneter
Bastian
(DIE GRÜNEN) Teilt die Bundesregierung die vom Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung, Würzbach, am 30. November 1983 vor dem Verteidigungsausschuß geäußerte Ansicht, daß das französische Streitkräftepotential bei den militärischen Kräftevergleichen NATO/WP wegen des Austritts Frankreichs aus der Militärorganisation der westlichen Allianz unberücksichtigt bleiben müsse?
26. Abgeordneter
Dr. Jobst
(CDU/CSU) Warum haben die Soldaten der Bundeswehr immer noch keine winterfesten Schuhe, was von ihnen zu Recht als ein Unding bezeichnet wird?
27. Abgeordneter
Pfuhl
(SPD) Ist dem Bundesminister der Verteidigung bekannt, daß seitens der Bundeswehr-Köche Klage darüber geführt wird, daß der Verpflegungssatz von 4,80 DM, der trotz allgemeiner Preiserhöhungen auch im Lebensmittelbereich seit längerer Zeit nicht erhöht wurde und somit nicht mehr genügt, um Qualität und Quantität bei der Essensversorgung innerhalb der Bundeswehr zu garantieren?

28. Abgeordneter
Dr. Scheer
(SPD) Ist der Bundesregierung die Tätigkeit der Firma Bayer AG auf dem Gebiet der Forschung und Entwicklung chemischer Kampfstoffe (z. B. der V-Kampfstoffe) bekannt?
29. Abgeordneter
Dr. Scheer
(SPD) Ist nach Auffassung der Bundesregierung die Forschung und Entwicklung chemischer Kampfstoffe durch einen Chemiekonzern in der Bundesrepublik Deutschland vereinbar mit der Erklärung der Bundesregierung vom 23. Oktober 1954, wonach sich die Bundesregierung verpflichtet, atomare, biologische und chemische Waffen auf ihrem Gebiet nicht herzustellen?
30. Abgeordneter
Schwenninger
(DIE GRÜNEN) Wie erklärt die Bundesregierung den Widerspruch zwischen ihrer Antwort auf die Frage 5.1 (Drucksache 10/815), in der es heißt: „Bei der in Frage stehenden Lieferung von Panzerabwehrraketen aus der Gemeinschaftsproduktion mit Frankreich hat die Bundesregierung kein Vetorecht gegen Exporte des Partners in dritte Staaten“ und der Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs Würzbach an die Abgeordnete Frau Kelly vom 27. April 1983 (Drucksache 10/39), in der es heißt: „Es besteht die Möglichkeit, in Ausnahmefällen die Zulieferung von Einzelteilen und Komponenten zu verweigern. Vorgeschaltet sind eingehende Konsultationen. Die französische Amtsseite unterrichtet die Bundesregierung über erteilte Verkaufsgenehmigungen für Rüstungsgüter aus gemeinsamer Entwicklung und Produktion.“?
31. Abgeordneter
Krizsan
(DIE GRÜNEN) Welchem Zweck dient die Errichtung des NATO-Munitionsdepots im Lohmoor bei Westervesede/ Einheitsgemeinde Scheeßel, und wie verträgt sich dieser Plan mit den Zielen der Bundesregierung, die Natur zu schützen und Frieden zu schaffen mit immer weniger Waffen?
32. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD) Ist der Bundesregierung bekannt, daß überwiegend Vertragsärzte in den Kreiswehrrersatzämtern tätig sind, die über ein bereits anderweitig gesichertes Einkommen (Pensionen, Renten etc.) verfügen, und wenn ja, welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, durch vermehrte Beschäftigung junger Ärzte ihren Beitrag zur Senkung der Arbeitslosigkeit in diesem Berufszweig zu leisten?
33. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD) Wie hoch ist die Anzahl der Vertragsärzte, die älter als 65 Jahre und die älter als 80 Jahre sind?
34. Abgeordnete
Frau
Nickels
(DIE GRÜNEN) Hält das Bundesverteidigungsministerium das Vorgehen der militärisch verantwortlichen bundesdeutschen Stellen für richtig, ohne Rücksprache und Information der kommunalen Gremien im Bereich des NATO-Fliegerhorstes Geilenkirchen Stück für Stück größere Waldflächen zu beseitigen?
35. Abgeordnete
Frau
Nickels
(DIE GRÜNEN) Ist das Bundesverteidigungsministerium insbesondere der Auffassung, daß ein Mitsprache- und Informationsrecht der betroffenen Gemeinden für den Staatsforst, der auf ihrem Gemeindegelände liegt, überhaupt nicht gegeben ist?

36. Abgeordneter
Reents
(DIE GRÜNEN) Sind Pressemeldungen der letzten Tage, wie z. B. in den Stuttgarter Nachrichten und der Offenbach Post richtig, wonach vom Bonner Verteidigungsministerium geäußert wurde: „Homosexuelle Handlungen, in denen der dienstliche Bereich berührt wird, können in einer so engen Männergemeinschaft wie der Bundeswehr nicht hingenommen werden“ und „Es bringt erhebliche Komplikationen und Unruhe mit sich, wenn bekannt wird, daß in einer Einheit Schwule sind“, und wenn ja, was sind die Begründungen hierfür?
37. Abgeordneter
Dr. Ehmke
(Ettlingen)
(DIE GRÜNEN) Trifft es zu, daß homosexuelle Soldaten bzw. homosexuelle Vorgesetzte von Soldaten ihren Dienst bei der Bundeswehr auf Grund ihrer Homosexualität quittieren müssen?
38. Abgeordneter
Dr. Ehmke
(Ettlingen)
(DIE GRÜNEN) Wenn ja, auf welcher Rechtsgrundlage beruht dies, und wie viele Fälle dieser Art gab es bereits in der Vergangenheit?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

39. Abgeordneter
Fiebig
(SPD) Teilt die Bundesregierung die vom Präsidenten des Bundesgesundheitsamtes im „stern“ Nr. 45 vom 3. November 1983 geäußerte Ansicht, daß bei der Beurteilung eines Arzneimittels im Zulassungsverfahren nur die wichtigsten Studien genau zu lesen sind, somit lediglich eine stichprobenweise Durchsicht der vom Hersteller zum Nachweis von Wirksamkeit, Unbedenklichkeit und Qualität eingereichten Unterlagen ausreicht, um den behördlichen Auftrag im Sinne eines vorbeugenden Verbraucherschutzes sicherzustellen?
40. Abgeordneter
Fiebig
(SPD) Wie gedenkt die Bundesregierung sicherzustellen, daß entsprechend dem gesetzlichen Auftrag bei der Verlängerung von Zulassungen am Ende der fünfjährigen Zulassungsperiode eine behördliche Überprüfung zur Gewährleistung optimaler Arzneimittelsicherheit auf Grund des herrschenden Standes der wissenschaftlichen Erkenntnis erfolgt?
41. Abgeordneter
Kroll-Schlüter
(CDU/CSU) Warum sind nach Meinung der Bundesregierung trotz erweiterter und auch verbesserter medizinischer und sozialer Dienste gerade in den vergangenen Jahren immer mehr Selbsthilfegruppen entstanden?
42. Abgeordnete
Frau
Dr. Martiny-Glotz
(SPD) Erwägt die Bundesregierung, die Angabe eines Verfalldatums auf Kartonverpackungen von Wein vorzuschreiben, um dem Verbraucher die Möglichkeit zu geben, diesen Wein auch wirklich innerhalb der drei Monate, die er sich erfahrungsgemäß in dieser Verpackung hält, zu verbrauchen?
43. Abgeordnete
Frau
Dr. Martiny-Glotz
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung des „Spiegel“ vom 9. Januar 1984 (38. Jg. Nr. 2), daß dem Verbraucher gesundheitliche Gefahren vom Verzehr von Hühnereiern drohen können, und welche Schritte wird sie gegebenenfalls unternehmen, um den Verbraucher zu schützen?

44. Abgeordneter
Müller
(Schweinfurt)
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung Meldungen, wonach bei dem heute üblichen Einschweißen von Lebensmitteln in Plastikfolie Gase frei werden, die krebserregende Substanzen enthalten, und welche Konsequenzen gedenkt sie zu ziehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

45. Abgeordneter
Toetemeyer
(SPD)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die Deutsche Bundesbahn (DB) zur Zeit 300 Jugendliche zum Kaufmann/Kauffrau im Eisenbahn- und Straßenverkehr (KiES) ausbildet, und wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, diese qualifizierten Auszubildenden nach erfolgreichem Abschluß ihrer Ausbildung bei der DB weiterzubeschäftigen?
46. Abgeordneter
Toetemeyer
(SPD)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, daß neben den 30 zum KiES-Auszubildenden zur Zeit 320 Bundesbahnsekretäre ausgebildet werden, die alle nach dem Ende ihrer Ausbildung bei der Deutschen Bundesbahn weiterbeschäftigt werden sollen, und hält die Bundesregierung es im Hinblick auf die Gleichbehandlung und angesichts einer Gesamtbeschäftigtenzahl von 52 000 bei der Bundesbahndirektion Essen wirklich für ausgeschlossen, auch diese 30 zum KiES-Auszubildenden entsprechend ihrer Qualifikation zu übernehmen?
47. Abgeordneter
Graf Stauffenberg
(CDU/CSU)
- In welcher Weise überwacht die Bundesregierung die Preisbildung bzw. Preisentwicklung bei monopolartigen Gebühren — wie z. B. Parkgebühren — an deutschen Flughäfen?
48. Abgeordneter
Graf Stauffenberg
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Entwicklung solcher Gebühren innerhalb der letzten zehn Jahre in einem angemessenen Verhältnis zu den erbrachten Leistungen steht?
49. Abgeordneter
Becker
(Nienberge)
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, schnellstens die Voraussetzungen für die Aufnahme des Flugverkehrs von Münster/Osnabrück nach Berlin durch British Airways zu schaffen?
50. Abgeordneter
Müller
(Wadern)
(CDU/CSU)
- Ist sichergestellt, daß die von der Bundesregierung vorgesehenen Verhandlungen mit den Bundesländern in Sachen Ausbau der Saar zur Großschiffahrtsstraße keine Verzögerung in der Fertigstellung des Ausbaus der Saar oberhalb Dillingens nach sich ziehen?
51. Abgeordneter
Schreiber
(CDU/CSU)
- Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den Ausbau der Saar zur Großschiffahrtsstraße oberhalb Dillingens zu beschleunigen, um insbesondere die Wettbewerbssituation der Arbed-Saarstahl GmbH zu verbessern?
52. Abgeordneter
Schreiber
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung den noch notwendigen Zeitaufwand zum Ausbau der Saar zur Großschiffahrtsstraße von der Moselmündung bis Saarbrücken-St. Arnual angesichts der von der saarländischen Wirtschaft im Raum Saarbrücken anstehenden Investitionsentscheidungen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Forschung und Technologie**

53. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Ist das vom Bundesministerium für Forschung und Technologie geförderte Projekt „Innovations-Test für die Bundesrepublik Deutschland“ abgeschlossen, und welche Ergebnisse hat es gehabt?
54. Abgeordneter
Dr. Steger
(SPD) Welche Konsequenzen können vom Bundesministerium für Forschung und Technologie aus der Abwicklung und den Ergebnissen dieses Projektes gezogen werden?
55. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD) Welches ist der technische und finanzielle Inhalt der neuen Vereinbarung über die Zusammenarbeit auf dem Sektor der Brutreakorttechnologie zwischen der Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Belgien?
56. Abgeordneter
Lutz
(SPD) Wie läßt sich nach Ansicht der Bundesregierung die Aussage von Bundesforschungsminister Dr. Riesenhuber vom 10. November 1983 vor dem Deutschen Bundestag, nach der in den zurückliegenden zehn Jahren trotz der Einführung der neuen Techniken in der Druckindustrie nunmehr statt ursprünglich 170 000 200 000 Arbeitsplätze in diesem Bereich vorhanden seien, vereinbaren mit einer Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes, nach der im Jahre 1972 224 169 Arbeitnehmer und im Jahre 1982 nur noch 173 860 Arbeitnehmer in der Druckindustrie beschäftigt waren, und ist die Bundesregierung bereit, ihre falschen Angaben vom November 1983 entsprechend zu korrigieren?
57. Abgeordneter
Lutz
(SPD) Wie wird die Bundesregierung sicherstellen, daß sie künftig sowohl in ihren Verlautbarungen gegenüber der Öffentlichkeit wie auch in ihren internen Überlegungen von einem realistischeren Bild der Auswirkungen der Einführung neuer Technologien auf die Arbeitsplatzzahlen in der Druckindustrie und in anderen Bereichen ausgehen wird?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für
Bildung und Wissenschaft**

58. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD) Welche Konsequenzen will die Bundesregierung aus der Ankündigung von Bundesminister Genscher vom 13. Dezember 1983 in einem Vortrag vor der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände ziehen, die Förderung privater Universitäten und privater Schulen sei ein „Gebot der Stunde“?
59. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD) Teilt die Bundesregierung die Auffassung von Bundesminister Genscher, daß wir zu Spitzenleistungen in der Forschung „nur wieder im ausreichenden Maße gelangen, wenn wir Elite-Universitäten schaffen“, und was meint Bundesminister Genscher mit diesem Begriff?
60. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU) Wie hoch ist die Zahl der Ausbildungsplätze, und in welchen wesentlichen Bereichen sind die Ausbildungsplätze nach Kenntnis der Bundesregierung 1983 unbesetzt geblieben?

61. Abgeordneter
Austermann
(CDU/CSU) Wie hoch ist die voraussichtliche Zahl der Schulabgänger aus allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 1983/1984 bundesweit im Vergleich zum Vorjahr?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

62. Abgeordneter
Drabiniok
(DIE GRÜNEN) Mit welcher Begründung hat die Bundesregierung der kubanischen Folkloregruppe „Gruppo Monkada“ die Einreise in die Bundesrepublik Deutschland verweigert, die am 24. November 1983 ein Konzert in Bonn geben wollte?
63. Abgeordneter
Drabiniok
(DIE GRÜNEN) Verstößt die Bundesregierung mit der Einreiseverweigerung einer kubanischen Folkloregruppe nicht gegen den Gedanken der Völkerverständigung?
64. Abgeordnete
Frau Dr. Hickel
(DIE GRÜNEN) Was hat die Bundesregierung bisher unternommen, um die am 7. März 1983 vom Europäischen Parlament verabschiedete Entschließung durchzuführen, in der die Außenminister aufgefordert werden, bei der Regierung des Iran vorstellig zu werden, um die Verfolgung, Inhaftierung und Tötung von Angehörigen der Baháí-Religionsgemeinschaft im Iran zu unterbinden?
65. Abgeordneter
Bastian
(DIE GRÜNEN) Bedeutet der Austritt Frankreichs aus der Militärorganisation der NATO nach Ansicht der Bundesregierung, daß die französischen Streitkräfte im Bündnisfall nicht zum Einsatz kommen würden, oder ist in einem solchen Fall davon auszugehen, daß französische Land-, Luft- und Seestreitkräfte im Rahmen der sich aus der fortbestehenden NATO-Mitgliedschaft Frankreichs ergebenden Beistandspflicht unter nationalem französischen Kommando eingesetzt würden?
66. Abgeordneter
Schwenninger
(DIE GRÜNEN) Trifft es zu, daß auch 1984 militärische Ausrüstungshilfe an Tunesien gezahlt wird, und in welchen Bereichen wird diese Ausrüstungshilfe gewährt?
67. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU) Wie ist der Harmel-Bericht der NATO rechtlich zu qualifizieren, insbesondere enthält er rechtliche oder politisch-moralische Verpflichtungen der NATO-Partner und gegebenenfalls welche?
68. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die seit vielen Monaten polnischerseits geübte Praxis, daß Aussiedler aus den Gebieten jenseits von Oder und Neiße nicht mehr aus der polnischen Staatsangehörigkeit entlassen werden und darum die Entlassung erst in der Bundesrepublik Deutschland beantragen müssen, wofür hohe Gebühren zu zahlen sind?
69. Abgeordneter
Jäger (Wangen)
(CDU/CSU) Hat es seit der Unterzeichnung der Schlußdokumente des KSZE-Folgetreffens von Madrid durch die Vertreter der Sowjetunion in der Behandlung der Ausreisearträge von Deutschen in der UdSSR positive Änderungen in der Haltung der sowjetischen Behörden gegeben, und wenn ja, welcher Art sind diese?

70. Abgeordneter
Jäger
(Wangen)
(CDU/CSU)
- Werden nach den Erkenntnissen der Bundesregierung entsprechend den Vereinbarungen beim KSZE-Folgetreffen von Madrid Deutschen in der UdSSR, die Ausreiseanträge oder Eheschließungswünsche für die Bundesrepublik Deutschland gestellt oder geltend gemacht haben, bis zu deren Genehmigung nunmehr wenigstens die vereinbarten „Kontakte und regelmäßigen Begegnungen“ mit den hier lebenden Angehörigen oder Verlobten gestattet, und wenn nein, was unternimmt die Bundesregierung, um die UdSSR zur Erfüllung dieser Zusage von Madrid anzuhalten?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

71. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- Wie viele arbeitslose Junglehrer könnte die Bundesregierung einstellen, wenn sie den bisher an den Fachschulen der Bundeswehr und des Bundesgrenzschutzes und sonstigen Fachschulen des Bundes von nebenamtlich beschäftigten Lehrern und Ruhestandslehrern erteilten Unterricht ausschließlich durch arbeitslose Junglehrer erteilen lassen würde, und wird sie entsprechende Initiativen ergreifen?
72. Abgeordneter
Peter
(Kassel)
(SPD)
- Wie bewertet die Bundesregierung den Sachverhalt, daß beim Bundesgrenzschutzkommando Mitte Bediensteten Auszüge aus dem Erlaß der Bundesregierung vom 19. September 1950 zur Kenntnis gegeben und nach Kenntnisnahme zu den Personalakten genommen werden?
73. Abgeordneter
Krizsan
(DIE GRÜNEN)
- Für wie viele Personen gibt es mit Bundesmitteln geförderte Zivilschutzbauten im Wahlkreis Celle-Uelzen?
74. Abgeordnete
Frau Geiger
(CDU/CSU)
- Welche Schlußfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Vorschlag des Sachverständigenrates für Umweltfragen vom 8. November 1983 zur Reduzierung der Stickoxid-Emissionen aus Großfeuerungsanlagen?
75. Abgeordnete
Frau Geiger
(CDU/CSU)
- Welche Maßnahmen beabsichtigt die Bundesregierung durchzuführen, um das erhebliche Stickoxid-Verminderungspotential zur Rettung des Waldes auszuschöpfen?
76. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)
- Warum beabsichtigt die Bundesregierung, die Empfehlungen des Abschlußberichtes der Arbeitsgemeinschaft Energie und Umwelt der Umweltministerkonferenz nicht weiterzuverfolgen, und wie wird die Bundesregierung den Konflikt zwischen der Umweltministerkonferenz und dem Bundeswirtschaftsminister lösen?
77. Abgeordneter
Bindig
(SPD)
- Welche die Umwelt belastenden Schadstoffe enthalten die sogenannten Knopfzellen, die zum Betrieb der von der Deutschen Bundespost (DBP) neu eingeführten klingenden Telegramme verwendet werden, und wie viele solcher klingender Telegramme hat die DBP bisher erworben, um sie als Angebot bereitzuhalten?

78. Abgeordneter
Bindig
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Chance, die zum Betrieb der klingenden Telegramme verwendeten Knopfzellen einem Recyclingverfahren zuzuführen vor dem Hintergrund, daß diese Zellen nicht leicht zu entfernen sind, weil sie sich unter einem verklebten Deckblatt befinden, und wie beurteilt daher die Bundesregierung mittelfristig die Umweltbelastung, die durch die klingenden Telegramme entsteht?
79. Abgeordneter
Müller
(Wadern)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Verhandlungsposition der Bundesrepublik Deutschland gegenüber Frankreich in Fragen der Rossverschmutzung?
80. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- Wie viele Flüchtlinge — jeweils nach dem Herkunftsland — sind aus Vietnam, Laos und Kambodscha seit 1975 in der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen worden, und wie viele Flüchtlinge sind inzwischen in andere Staaten abgewandert?

Bonn, den 13. Januar 1984

